



## Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 29.07.2015, 17:12 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

### ÖFFENTLICH

TOP 1	Renaturierung und Aufwertung des Hohenecker Neckarufers - Uferwiesen II - Entwurfs- und Baubeschluss - Vergabe von Planungsleistungen	Vorl.Nr. 233/15
-------	---	-----------------

---

### Beschluss:

#### 1. Entwurfs- und Baubeschluss

Die Herstellung einer Bucht mit Natur- und Erholungsbereich, Neugestaltung der Anlegestelle mit Verbesserung der Aufenthaltsqualität und getrennter Fuß- und Radwegführung wird entsprechend der Entwurfsplanung des Büros Geitz & Partner vom 18.06.2015 in Projektpartnerschaft mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt Stuttgart (WSA) umgesetzt. Die Gesamtkosten von 1,56 Mio. € mit dem städtischen Anteil von 1,44 Mio. € (nach Abzug des Anteils WSA von ca. 0,12 Mio. €) werden genehmigt.

#### 2. Vergabe von Planungsleistungen

Die Planungsleistungen der Leistungsphasen 4 - 9 nach HOAI für die Herstellung einer neuen Bucht, der Neugestaltung der Anlegestelle mit getrennter Fuß- und Radwegführung, werden an das Landschaftsarchitekturbüro Geitz & Partner GbR, freie Garten- und Landschaftsarchitekten und Hydrologen, Sigmaringer Straße 49 in 70567 Stuttgart-Möhringen vergeben.

Die Vergabesumme beträgt 205.000,00 € inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenem.

Bei Kostenüberschreitung wird das zuständige Gremium dann informiert, wenn der Kostenanteil der Stadt Ludwigsburg um mehr als 25.000,- € überschritten wird.

#### 3. Ergänzende Renaturierungsmaßnahmen im Bereich Uferwiesen II

Die Renaturierung von zwei Neckarzuflüssen im Gebiet Uferwiesen II, bisher verdohlt bzw. mit Betonschalen ausgebaut, wird im Zusammenhang mit den unter Beschlusspunkt 1 er-wähnten Baumaßnahmen umgesetzt. Die voraussichtlichen Bau- und Planungskosten in Höhe von 60.000,- € werden über die im Finanzhaushalt Programm Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung gestellten Mittel finanziert.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Urlaub)

Ja 39 Nein 1 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Vor Einstieg in die Sitzung ehrt OBM **Spec** Stadträtin **Liepins** für 25jährige Mitgliedschaft im Gemeinderat und überreicht ihr ein Präsent der Stadtverwaltung.

Weiter informiert OBM **Spec** über aktuelle Entwicklungen am Wirtschaftsstandort Ludwigsburg. Bei Mann + Hummel zeichne sich trotz des geplanten Abbaus von rund 275 Arbeitsstellen in den nächsten Jahren eine insgesamt positive Tendenz ab. Weiterhin blieben über 1600 Stellen erhalten. In der Weststadt erfolge im Bereich Forschung und Entwicklung die größte Investition in der Firmengeschichte.

Die Firma Porsche habe nach ursprünglich gegenteiligen Signalen nun erklärt, den Standort Ludwigsburg beibehalten zu wollen. Im Rahmen umfassender Investitionen werde die Zahl der Arbeitsplätze am Standort in den nächsten anderthalb Jahren sogar noch erhöht.

Nach Eintritt in die Tagesordnung verweist BM **Ik** auf die Vorl. Nr. 233/15 und deren Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt. Bei einer Gegenstimme sei der Vorlage dort mit überwiegender Mehrheit zugestimmt worden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien auf breite Zustimmung gestoßen.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt wie folgt zu Protokoll:

„Die Stadt wird heute von mehr Erholungssuchenden aufgesucht, als es Naherholungsgebiete gibt“, sagt die Verwaltung in ihrer neuesten Begründung zur Umgestaltung der Uferwiesen II, und deshalb könnte ein drittes Gebiet Entlastung schaffen. Die Stadtverwaltung Ludwigsburg stellt die Umgestaltung des Neckarufers also nicht nur als ökologische, sondern auch als bürgerfreundliche Großtat dar. Wir von der LUBU aber wissen, dass die Stadt Ludwigsburg im Jahr 2004 keine Ausgleichsflächen für große neue Wohnbaugebiete wie die Hartenecker Höhe mehr hatte und deshalb auf die Idee kam, die Neckarufer umzugestalten. Den Grund legte der ehemalige Baubürgermeister Schmid in der Presse dar: Uferumgestaltungen werden für den ökologischen Ausgleich besonders hoch bewertet, dreimal so hoch wie die Anlage von Streuobstwiesen. Wir sind im vorliegenden Fall der Uferwiesen II nicht der Meinung, dass

es eine ökologische Aufwertung ist, mit Einsatz von viel Steuergeldern vorhandene gute ökologische Vernetzungen zu zerstören, um an anderer Stelle, zum Beispiel zwischen der Oststadt und Oßweil, Freiflächen mit Wohnbebauung zu versiegeln. Wenn ich noch dran denke, mit welcher Verachtung der Vertreter der Planungsfirma in der BTU-Sitzung vom Januar über die „wertlosen“ Pappeln, die Wirtspflanze des immer seltener werdenden Schuppenwurz, sprach, weiß ich genau, wie diese „Aufwertung“ aussehen wird. Wir kennen in Ludwigsburg viele andere Flächen, denen eine ökologische Vernetzung und Aufwertung gut täte, nur liegen sie nicht am Neckarufer und bringen keine monetären Ausgleichspunkte. Sie liegen zum Beispiel im Westen der Stadt zwischen Autobahn und B 27 und sollen mit einer vierspurigen Straße bebaut werden. Schauen Sie unsere Alleen an, die meisten sind in einem beklagenswerten Zustand. Eine Aufwertung wäre dringend erforderlich. Wir gehen davon aus, dass die Stadt Ludwigsburg die Durchführung eines wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens für das umfang- und folgenreiche Vorhaben beantragt, damit Bürger und Umweltverbände bei der Planung mitreden können. Im Übrigen soll ich in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass die Umweltverbände zwar die Zugwiesen und die Uferwiesen I noch mit einigem Knurren und ohne Begeisterung mitgetragen haben, jetzt aber aus den genannten Gründen weitere Umgestaltungen von Uferstreifen des Neckars ablehnen und das in der letzten Sitzung des Beirats für Umwelt und Landwirtschaft auch mitgeteilt haben. Das Wasser- und Schifffahrtsamt Stuttgart hält eine bauliche Änderung ebenfalls nicht für nötig.“

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 233/15 Beschluss fassen.

TOP 2	Lärmaktionsplan Ludwigsburg Stufe I und II - Beschluss über die Abwägung der Anregungen und Bedenken - Beschluss des Lärmaktionsplans	Vorl.Nr. 250/15
-------	---	-----------------

---

#### Beratungsverlauf:

Die Vorl. Nr. 250/15 wurde durch die Vorl. Nr. 293/15 und diese sodann durch den abweichenden Beschluss Vorl. Nr. 316/15 ersetzt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

TOP 2.1	Lärmaktionsplan Ludwigsburg Stufe I und II - Beschluss des Maßnahmenkonzepts zum Lärmaktionsplan	Vorl.Nr. 293/15
---------	---	-----------------

---

#### Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

TOP 2.2	Lärmaktionsplan Ludwigsburg Stufe I und II - Beschluss des Maßnahmenkonzepts zum Lärmaktionsplan - abweichender Empfehlungsbeschluss zur Vorl.Nr. 293/15	Vorl.Nr. 316/15
---------	---	-----------------

---

#### Beschluss:

##### 1. Beschluss des Maßnahmenkonzepts zum Lärmaktionsplan

- a. Die Rückmeldungen der Träger öffentlicher Belange und die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen (vgl. Vorlage 250/15 - Anlage 1).
- b. Die Rückmeldungen aus der Bürgerschaft und die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen (vgl. Vorlage 250/15 - Anlage 2).
- c. Die Berücksichtigung der Rückmeldungen im Lärmaktionsplan *erfolgt entsprechend der einzeln gefassten Beschlüsse für ein aktualisiertes Maßnahmenpaket* (Ziffern 2 bis 15). Die Verwaltung wird beauftragt die Endfassung des Lärmaktionsplans unter diesen Vorgaben als Leitlinie des zukünftigen Verwaltungshandelns fertigzustellen. *Dazu wird das Maßnahmenkonzept hinsichtlich Aufgaben- und Zeitplanung sowie Finanzierung präzisiert*

*und regelmäßig fortgeschrieben.* Die Umsetzung von Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt positiver Prüfergebnisse, finanzieller Ressourcen, teilweise der Zustimmung übergeordneter Planungsträger und Verkehrsbehörden sowie ggf. der weiteren Beteiligungs- und Abstimmungsergebnisse.

*d. Die Stadtverwaltung berichtet dem Gemeinderat mindestens einmal pro Jahr über die umgesetzten Maßnahmen der Lärmaktionsplanung.*

## 2. Anordnung Tempo 30 ganztägig

Aus Gründen der Lärminderung wird in folgenden Straßen kurzfristig ganztägig Tempo 30 angeordnet:

- a. Schlösslesfeld: **Neckarstraße** zwischen Schlösslesweg und Schorndorfer Straße.
- b. Ortsdurchfahrt der **K 1695 in Poppenweiler**: Hochberger Straße südlich vor der Einmündung Sommerhalde bis zur Steinheimer Straße zwischen den Einmündungen Weiherstraße und Am Ring (Ausdehnung der bestehenden Tempo-30-Regelung).
- c. Neckarweihingen: **Lechtstraße** bis über die Einmündung Rilkestraße ortsauswärts.

Die Ausweisung im Schlösslesfeld wird von Verkehrserhebungen vor (erledigt) und nach der Einrichtung begleitet (Menge, Geschwindigkeit insbesondere in der Neckarstraße und in der Waliser Straße).

## 3. Prüfung Tempo 30 ganztägig

Mit dem Ziel, dass die notwendige Koordinierung von Signalanlagen nicht zu unzumutbaren Verschlechterungen für den Verkehrsfluss (Unstetigkeit, Abgasemissionen), den Busverkehr (Fahrzeiten) oder für Fußgänger (Wartezeiten) führt, wird in den Lärmaktionsplan die zeitnahe Prüfung von ganztägig Tempo 30 *im gesamten Stadtgebiet mit Ausnahme der Durchgangsstraßen und Hauptverkehrsachsen* aufgenommen. *Bei der Abwägung z. B. über Tempo 30 ganztags und lärmoptimierter Asphalt (LOA) werden alle im Textbericht aufgelisteten Abwägungskriterien sowie die finanziellen Folgen zusammenfassend dargestellt.*

*Die Verwaltung erstellt eine Liste aller Strecken, in denen noch Tempo 50 gilt.*

## 4. Prüfung Tempo 30 nachts

Für alle Verkehrsstraßen ab einer nächtlichen Lärmbelastung von 55 dB(A) (Schwelle zur Gesundheitsgefährdung) werden zeitnah die Auswirkungen einer Anordnung von Tempo 30 nachts (insbesondere auch Verlagerungen und Busverkehr) geprüft. Bei ermittelten Problemen wird alternativ Tempo 40 untersucht.

## 5. Lärmoptimierter Asphalt

Bei jeder umfassenderen Fahrbahnsanierung auf Verkehrsstraßen, für die im Rahmen der Lärmaktionsplanung eine Überschreitung der Immissionsgrenzwerte nach der 16. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung zu erwarten ist, wird im Fall einer Sanierung der Fahrbahn Lärmoptimierter Asphalt nach dem aktuellen Stand der Technik eingebaut (Mehrkosten derzeit ca. 15 € / m<sup>2</sup>), sofern nicht begründete Bedenken bestehen (z. B. eingeschränkte Haltbarkeit aufgrund überdurchschnittlichen Anteils Schwerverkehr oder zu kurzer Streckenabschnitt).

*Lärmoptimierter Asphalt wird auf der B 27 im Bereich Frankfurter Straße und auf der Friedrichstraße kurzfristig aufgebracht, nicht erst, wenn die nächste große Sanierung ansteht. In Eglosheim sind dies noch ca. 800 m, die im Bereich der Frankfurter Straße notwendig sind.*

## 6. Prüfung Lkw-Durchfahrtsverbot

Weitere Überprüfung der Auswirkungen ~~und anschließende Beantragung~~ von Lkw-Durchfahrtsverboten (tags, nachts, ganztags) einschließlich Maßnahmen gegen unerwünschte innerstädtische oder überörtliche Verlagerungen mittels Verkehrsmodell, insbesondere für die B\_27 zwischen Einmündung Marbacher Straße und südlichem Ortsrand. Angeregte Sperrungen von Teilstrecken (z. B. Bottwartalstraße oder nächtliche Verbote in Straßen der Weststadt mit Wohnbebauung) werden ergänzend untersucht. *Anschließend erfolgt eine Behandlung im Gemeinderat bevor eine konkrete Beantragung erfolgt.*

## 7. Prüfung Geschwindigkeitsbegrenzung außerorts

Prüfen von Maßnahmen auf oder an Außerortsstrecken ggf. in Abstimmung mit anderen zuständigen Baulastträgern (Land für Bundesautobahn A 81, B 27, L 1100 und L 1140, z. B. Geschwindigkeitsbegrenzung auf der A 81, lärmindernde Fahrbahnbeläge auf Landesstraßen im Nahbereich von Wohnungen oder zum Schutz von Naherholungsbereichen).

*Für die L 1100 wird im Umfeld der Laurentiusstraße Tempo 50 anstelle von Tempo 60 geprüft.*

## 8. Langfristige Konzepte und Strategien zur Lärminderung

Langfristige Konzepte zur Lärmvermeidung und zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität sowie weitere Detailuntersuchungen sind - unter anderem auch aus Gründen der Luftreinhaltung und des Klimaschutzes - ein unverzichtbarer Teil der Lärmaktionsplanung und werden als Daueraufgabe weiter verfolgt (z. B. Rad-, Fußwege- und ÖPNV-Konzept, Elektromobilität, Lärmschutzwände). Für einzelne Lärmschwerpunkte werden spezifische Lösungen entwickelt, um Synergien verschiedener Maßnahmen zu nutzen (Beispiel: verträglicheres Miteinander von Rad-, Fußgänger- und Kfz-Verkehr bei verringerter zulässiger Geschwindigkeit und ggf. veränderte Querschnittsaufteilung, insbesondere bei überbreiten Fahrbahnen). Bei Lärmschutzwänden und -wällen werden sowohl die Qualität bestehender Anlagen (z. B. L 1100 Neckarweihingen) als auch fehlende Abschnitte (z. B. B 27 Ludwigsburg-Süd Ostseite, *an der L 1100 zwischen der Neckaranlände und der Wohnbebauung Laurentiusstraße*) geprüft. In diesem Zusammenhang werden auch grundsätzlich Begrünungsmaßnahmen in Abstimmung mit der Grünleitplanung untersucht.

*Das Radroutenkonzept für Ludwigsburg mit Anbindung an die Nachbarkommunen muss in die Planungen eingefügt werden. Dabei sollen Synergien, die sich aus dem Radroutenkonzept und Lärminderungsmaßnahmen ergeben, dargelegt werden.*

## 9. Weiterplanung der Nord-Ost-Umfahrung

## 10. Signalanlagen und Busbevorrechtigungen

Kurzfristige Verbesserung der Signalanlagenabstimmung und Überprüfung der Busbevorrechtigungsschaltungen auf Verhältnismäßigkeit.

## 11. Intensivierung der Verkehrskontrollen

Geprüft werden ferner die technische Möglichkeit einer mobilen Rotlichtüberwachung sowie die personellen Konsequenzen, ergänzend zu verstärkten ~~bisherigen~~ Geschwindigkeitskontrollen.

## 12. Freiwilliges Förderprogramm für Lärmschutzfenster überprüfen

## 13. Lärmverlagerung und Bündelung durch Straßenneubau, Fahrverbote, Lenkungskonzepte (z. B. speziell für Lkw), Pfortnerampel usw.

Kleinräumige örtliche Lösungen zum Schutz von Wohngebieten vor Durchgangsverkehr sind zu

prüfen (hohe Priorität). Ergänzend zu den bisher dargestellten baulichen Maßnahmen in Lärmschwerpunkten werden aus der Bürgerschaft u. a. die Anregungen Tunnel/Tieferlegung Stuttgarter Straße und Tunnel westliche Friedrichstraße/Keplerstraße als längerfristige Projektideen zur Bewertung aufgenommen.

*Außerdem wird geprüft, welche Lärminderungen und Verkehrsverlagerungen durch den Bau des Favoriteparktunnels erreicht werden könnten.*

**14. Grundsätzliche Konzentration auf die drei Tempozone „Verkehrsberuhigter Bereich“, „Tempo 30“ und „Tempo 50“ zur Erleichterung der Übersichtlichkeit im Stadtgebiet.**

**15. Beteiligungsverfahren**

Im Interesse einer Erhöhung der Effizienz und der Realisierungschancen von Maßnahmen und Maßnahmenpaketen z. B. durch Verminderung negativer Folgewirkungen im weiteren Umfeld wird die Stadt Ludwigsburg entsprechende Beteiligungsverfahren (z. B. mit Trägern öffentlicher Belange, insbesondere Nachbarkommunen und Busunternehmen) anstoßen.

*Die Umsetzungen der einzelnen Maßnahmen werden dem Gemeinderat zur Beratung und Zustimmung vorgelegt. Dabei sind die jeweiligen Kosten und die Auswirkungen auf andere Bereiche (wie z.B. Verlagerung von Verkehr, ÖPNV) darzustellen.*

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zur Ziffer 9 wird mit 27 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zu den restlichen Ziffern des Beschlussvorschlages wird mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Urlaub)

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** verweist auf die mehrfache und umfängliche Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt. An Hand einer Präsentation geht er auf die Ziele der Lärmaktionsplanung ein und gibt einen Überblick über das Maßnahmenkonzept. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Stadtrat **Noz** erklärt, die CDU-Fraktion könne nach der intensiven Vorberatung gerne en bloc über alle Punkte des Empfehlungsbeschlusses des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt abstimmen. Diese spiegle zwar nicht in allen Punkten die Haltung seiner Fraktion wieder, jedoch liege ein guter Kompromiss vor, auf dessen Basis man den Lärmaktionsplan weiter vorantreiben könne. Daher wolle er heute auch nur zu einigen wenigen Punkten nochmals die Haltung seiner Fraktion verdeutlichen. Wenn man heute zu Gunsten des weiteren Vorankommens in der Lärmaktionsplanung heute en bloc über die Vorlage abstimmen könne, so bedeute dies dennoch, dass die CDU-Fraktion weiterhin ein nächtliches Tempolimit von 30km/h ablehne. Die CDU-Fraktion sei weiter dem SPD-Antrag auf Geschwindigkeitsreduzierungen auf Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen gefolgt. In diesem Zusammenhang lehne er allerdings den Hinweis der Verwaltung unter der Zusammenfassung ab. Das Gremium habe noch nicht festgelegt, welche Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen hier betroffen seien. Dies müsse noch im Detail erfolgen. Insgesamt sei seine Fraktion der Ansicht, dass es nur drei Tempolimits geben solle: Spielstraße, Tempo 30 und Tempo 50.

Stadtrat **Gericke** lobt den Lärmaktionsplan und die vielen guten, darin enthaltenen Ansätze. Insofern

---

könne auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt in ihrer Gesamtheit zustimmen. Wichtige Säulen seien dabei zum einen die Geschwindigkeitsbegrenzungen, die nach den erforderlichen Prüfungen hinsichtlich Verlagerungseffekten und Auswirkungen auf Buslinien relativ schnell und einfach umsetzbar seien. Zum anderen langfristige Konzepte zur Lärminderung und zur Stärkung des Umweltverbundes. Diese seien nicht auf die in Ziffer 8 beschriebenen Maßnahmen begrenzt und dürften nicht an zeit- oder Personalmangel scheitern. Seine Fraktion befürworte ebenfalls den Einsatz von lärmoptimiertem Asphalt, auch wenn dieser sicherlich keine schnelle Linderung der Lärmproblematik in der breiten Fläche verspreche und zudem teuer sei. Trotz allem handle es sich hierbei um eine sinnvolle und notwendige Ergänzung zum Tempolimit. Ebenso unterstütze seine Fraktion ein LKW-Durchfahrtsverbot auf Grundlage des LKW-Lenkungskonzepts und in Abstimmung mit den Nachbarkommunen. Abgelehnt werde von seiner Fraktion hingegen der Punkt 9 des Beschlussvorschlages, die Weiterplanung einer Nord-Ost-Umfahrung. Diese liege weder in der Zuständigkeit der Stadt Ludwigsburg, noch sei sie verkehrlich zielführend. Darüber hinaus sei sie auch ökologisch bedenklich. Auch gegen die Erbringung zusätzlichen Aufwandes für einen Favoritepark-Tunnel, der zu hohen Kosten das schützenswerte Parkgelände zerstöre, spricht sich Stadtrat Gericke aus. Abschließend hofft er auf eine zügige Umsetzung der einzelnen Komponenten des heutigen Beschlusses und bitte die Stadtverwaltung um einen jährlichen Bericht.

Stadträtin **Liepins** stimmt ihren Vorrednern darin zu, dass man das Vorberatungsergebnis des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt heute gerne en bloc abstimmen könne. Sie wolle dennoch nochmals kurz auf die Anträge der SPD-Fraktion eingehen. Zu Ziffer 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt regt sie an, die Diskussion darüber, was Hauptverkehrs- und Durchgangssachsen seien, tatsächlich zurück an den Ausschuss zu verweisen. Bedauerlich sei, dass der Alternativantrag ihrer Fraktion auf eben diesen Straßen ganztägig und nachts 40 km/h auszuweisen, keine Mehrheit gefunden habe. Hingegen freue sie sich, dass der Antrag ihrer Fraktion zu Ziffer 5, auf der B 27 im Bereich Frankfurter Straße und Friedrichstraße lärmoptimierten Asphalt aufzubringen, angenommen worden sei. Sie gehe davon aus, dass die Verwaltung mit dem Haushaltsplan 2016 die erforderlichen Mittel bereit stelle, damit man sich in erster Priorität mit den am stärksten vom Lärm betroffenen Straßen befassen könne. Auch der Antrag zu Ziffer 6, LKW-Durchfahrtsverbot, habe leider keine Mehrheit gefunden. Zum Lärmschutz an der L 1100 im Bereich Neckaranlände und Laurentiusstraße regt sie an, auch die Asylbewerberunterkunft mit einzubeziehen und nach Möglichkeit kurzfristig Tempo 50 im genannten Gebiet auszuweisen. Falls der Punkt 9, Nord-Ost-Umfahrung, separat abgestimmt werden sollte, erläutert sie, dass ein Großteil der SPD-Fraktion immer hinter dieser Umfahrung gestanden und sie als große Entlastung für die Friedrichsstraße gesehen habe. Ihre Fraktion werde also hier nicht geschlossen abstimmen. Anders als beim geforderten jährlichen Bericht, auf den sich ihre Fraktion geschlossen freue.

Stadtrat **Rothacker** stimmt für die FW-Fraktion ebenfalls einer en bloc-Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt zu. Seine Fraktion stimme der Anordnung von Tempo 30 in den unter Ziffer 2 genannten Straßen ebenso zu wieder der unter Ziffer 3 genannten Prüfung. Ebenso unterstütze seine Fraktion die Forderung nach lärmoptimiertem Asphalt. Dieser müsse zeitnah aufgebracht werden und auch die sonstigen Durchfahrtsstraßen, beispielsweise in der Südstadt, dürften nicht übergangen werden. Weiter regt er an, sich bei Straßenbauarbeiten noch enger mit der Stadtwerke Ludwigsburg GmbH abzustimmen. Auch dem LKW-Durchfahrtsverbot habe seine Fraktion zugestimmt. Allerdings müsse dieses intensiv geprüft und so ausgestaltet werden, dass dadurch nicht die Nebenstrecken übermäßig belastet würden. Die unter Ziffer 8 genannten langfristigen Strategien unterstütze er ebenfalls, jedoch habe er Zweifel daran, dass beispielsweise zu viele Bürger zu einem Umstieg aufs Rad motiviert werden könnten, dass dies deutliche Auswirkungen auf die Lärmsituation haben werde. Großen Wert lege seine Fraktion auf die Weiterplanung der Nord-Ost-Umfahrung. Durch die Reduzierung des innerstädtischen Verkehrs sei diese Maßnahme geeignet, einen wesentlichen Beitrag zur Lärminderung in Ludwigsburg zu leisten. Im Anschluss an Stadtrat Herrmann bekräftigt er, dass auch seine Fraktion sich für die Beschränkung auf die drei Tempolimits Schrittverkehr, Tempo 30 und Tempo 50 einsetze. Insofern plädiere er auch für eine Abschaffung des Tempo 20 am Westausgang.

Stadtrat **Heer** verweist eingangs auf eine Studienauswertung des Forschungsverbandes Lärm und

Gesundheit der WHO, die eindeutig zu dem Ergebnis komme, dass Lärm krank mache. Auch der Landtag des Landes Baden-Württemberg sein in einer Debatte vom April zu dem Ergebnis gelangt, dass Lärm einer der größten und gleichzeitig am meisten unterschätzten Lärmbelastungen für den Menschen. Die FDP-Stadträte mahnten daher schon seit geraumer Zeit Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung im Stadtgebiet an. Exemplarisch verweist er hierbei auf die Haushaltsanträge Vorl. Nrn. 515/14, 516/14, 517/14 sowie 521/14, die Tempolimits, Geschwindigkeitskontrollen und Lärmschutzwände zum Ziel gehabt hätten. Insofern freue er sich über die Ausweisung von Tempo 20 in den genannten Straßen. Weiter gehe er davon aus, dass die letztgenannten drei Anträge Gegenstand der weiteren Beratungen zum Lärmaktionsplan seien. Für die FDP-Stadträte fordert er eine flächendeckende Ausweisung von Tempo 30-Zonen in belasteten Wohngebieten und in der Innenstadt sowie verbesserte Geschwindigkeitskontrollen durch stationäre Messanlagen. Er spricht sich für Lärmschutzmaßnahmen beispielsweise in Form „grüner Wände“ oder eines Lärmschutzfensterprogrammes aus. Lärmschutzoptimierter Asphalt und Untertunnelungen müssten angegangen, Einhausungen wie beispielsweise an der Autobahn müssten beim Bund nachdrücklich eingefordert werden. Weiter regt er einen verstärkten Einsatz von elektro- und Hybridbussen an und wirbt für einen weiteren Ausbau des Fahrradnetzes. In der Zusammenfassung könne er der Vorlage insgesamt sowie den meisten abweichenden Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt zustimmen.

Für die Mitglieder von Die Linke spricht Stadträtin **Dziubas**. Sie erklärt, sie und Stadtrat Kube könnten der abweichenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt ebenfalls größtenteils zustimmen. Ihre besondere Unterstützung finde dabei das Tempo 30 in der Neckarstraße ebenso wie die Überprüfung von Tempo 30 ganztägig. Sie regt an, die Ziffern 6 und 9 aus der geplanten en bloc-Abstimmung herauszulösen, da sie über diese Punkte separat Beschluss fassen wolle.

Stadträtin **Burkhardt** verweist auf die Vorgabe der EU zur Aufstellung eines Lärmaktionsplanes, die seit 10 Jahren existiere. Nun solle der Lärmaktionsplan für Ludwigsburg endlich konkrete Maßnahmen zur Verringerung des Lärms in Ludwigsburg festlegen. Bedauerlicher Weise würden die Hauptverkehrsstraßen nach dem Willen der Mehrheit im Gremium und mit Ausnahme der Aufbringung von teurem lärmoptimiertem Asphalt von weiteren Maßnahmen ausgenommen, während andere Kommunen teilweise schon längst Tempo 30 eingeführt oder zumindest Modellversuche gestartet hätten. Nicht zustimmen könne sie der Ziffer 9, Weiterplanung der Nord-Ost-Umfahrung, und bitte daher um getrennte Abstimmung. Auch dem Antrag der CDU-Fraktion auf Untertunnelung des Favoriteparks werde sie unter keinen Umständen zustimmen. Bedauerlich sei weiter, dass in der Verwaltungsvorlage auf verschiedenste Masterpläne Bezug genommen werde, jedoch nicht auf den Masterplan „Grün in der Stadt“. Sie habe daher zwei weitere Anträge gestellt, die das Thema Begrünung und dessen wesentliche Auswirkungen auf Lärm- und Schadstoffreduzierung zum Inhalt hätten. Stadträtin Burkhardt verweist hier auf die Zielsetzung der Anträge Vorl. Nrn. 317/15 und 319/15 und begründet diese. Abschließend erkundigt sie sich, wie mit den von ihr somit gestellten Anträgen weiter verfahren werde.

OBM **Spec** erklärt, die heute eingebrachten Anträge der Stadträtin **Burkhardt** Vorl. Nrn. 317/15 und 319/15 würden in die weiteren Gremienberatungen verwiesen.

Stadträtin Dr. **Traub** informiert das Gremium ergänzende über die nachteiligen Effekte von „stillereem Lärm“ unter dem Grenzwert von 85 dB auf die menschliche Gesundheit. Langfristig sehe sowohl die WHO als auch das Umweltbundesamt die Einhaltung von niedrigeren Grenzwerten als eigentliches Ziel. Was den lärmmindernden Asphalt anbelange, bitte sie darum, neben der finanziellen Seite auch ein wesentliches Augenmerk auf die akustische Haltbarkeit des ausgewählten Belages zu legen.

An die Mitglieder von Die Linke gewandt erklärt Stadträtin **Liepins**, sofern es heute zu einer getrennten Abstimmung über die Ziffer 6 des Beschlussvorschlages komme, werde Abstimmung stellen lassen. Sie hoffe noch immer auf eine Mehrheit für die zügige Beantragung eines LKW-Durchfahrtsverbots.

Stadtrat **Gericke** schließt sich dem Wunsch der SPD-Fraktion in diesem Punkt an. Auch er lehne ständig neue Prüfrunden ab. Allerdings habe auch nur eine sinnvolle und abgestimmte Antragsstellung die

Aussicht, erfolgreich in ein LKW-Durchfahrtsverbot zu münden.

Stadtrat **Noz** äußert sich skeptisch, ob eine erneute Prüfung zu dem gewünschten Ergebnis führe. Der Fachbereich Stadtplanung und Vermessung gehe bereits heute davon aus, dass eine Antragsstellung vom Regierungspräsidium abgelehnt werde. Unter diesen Voraussetzungen sei es fraglich, ob es Sinn mache, die Verwaltung Zeit und Personal in eine erneute Prüfung investieren zu lassen. Wenn man sich dafür entscheide, müsse das Ergebnis in jedem Fall nochmals dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt werden.

Stadtrat **Weiss** spricht sich nachdrücklich für ein regionales LKW-Lenkungskonzept aus. In Poppenweiler beispielsweise gebe es schon Verbote, die nicht eingehalten würden und wodurch weiterhin erhebliche Belastungen verursacht würden. Hier mangle es auch an effektiven Kontrollen. Was den Favoriteparktunnel anbelange, so müsse dieser im Sinne einer zukunftsweisenden, nachhaltigen Verkehrsentlastung zumindest gründlich durchgeprüft werden. Aus seiner Sicht sei diese Idee vielversprechend.

Herr **Ressler** (FB Stadtplanung und Vermessung) skizziert kurz die bisherigen Prüfungen für ein LKW-Durchfahrtsverbot. Von allen Planfällen sei unter anderem auch mit Blick auf die Verlagerungseffekte ins Umland von Ludwigsburg und nach einer Besprechung mit dem Regierungspräsidium noch eine Sperrung der B 27 von Ludwigsburg Süd bis zur Marbacher Straße übrig. Diesen Planfall wolle man noch im Herbst des laufenden Jahres dem Gremium vorstellen und über das weitere Vorgehen beraten.

Stadträtin **Burkhardt** bittet ergänzend darum, auch die Auswirkungen der Mautpflicht auf der B 27 in die Untersuchung mit einzubeziehen.

OBM **Spec** und BM **Ilk** sagen übereinstimmend zu, noch im Herbst des laufenden Jahres die Prüfergebnisse dem Gremium zur abschließenden Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Der Verzicht auf eine separate Abstimmung der Ziffer 6 erfolgt auf Basis dieser Zusage.

Im Anschluss an die Diskussion stellt OBM **Spec** unter anderem auf Wunsch der Stadträtin **Dziubas** zunächst die Ziffer 9, sodann die weiteren Ziffern der Vorl. Nr. 316/15 zur Abstimmung.

TOP 2.3

Lärmaktionsplan Ludwigsburg - "Pflanzaktion"  
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom  
29.07.2015

Vorl.Nr. 317/15

---

#### Beratungsverlauf:

Der Antrag wird mit dem heutigen Tage als eingebracht betrachtet und in die weiteren Gremienberatungen verwiesen.

Im Gremium besteht über dieses Vorgehen Konsens.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag wird mit dem heutigen Tage als eingebracht betrachtet und in die weiteren Gremienberatungen verwiesen.

Im Gremium besteht über dieses Vorgehen Konsens.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

**Abweichender Beschluss:**

1. Der Name **Carl Peters** wird nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet.
2. ~~Der Name **Carl Diem** wird nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet.  
abgelehnt~~
3. ~~Der Name **Paul von Hindenburg** wird nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet.  
abgelehnt~~
4. ~~Der Name **Adolf Gesswein** wird nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet.  
abgelehnt~~
5. ~~Der Name **Ernst Heinkel** wird nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet.  
abgelehnt~~
6. ~~Der Name **Auguste Supper** wird nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet.  
abgelehnt~~
7. Eine ehrenamtliche Kommission „Straßennamen“ wird eingerichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zur Ziffer 1 wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 20 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der Beschluss zur Ziffer 3 wird mit 20 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der Beschluss zur Ziffer 4 wird mit 16 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Beschluss zur Ziffer 5 wird mit 19 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Beschluss zur Ziffer 6 wird mit 20 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der Beschluss zur Ziffer 7 wird mit 21 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Urlaub)

### **Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** weist zunächst auf die Beschlussempfehlungen aus der Vorberatung hin.

Als Einstieg in die Beratung fasst Herr Dr. **Karzel** (Stadtarchiv) nochmals die Rechercheergebnisse zu den Namensgebern der heute zur Diskussion stehenden Straßen an Hand einer Präsentation zusammen. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Es sprechen im Anschluss die Präsentation nacheinander:

- für die CDU-Fraktion Stadtrat **Herrmann** (Anlage 3)
- für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat **Gericke** (Anlage 4)
- für die SPD-Fraktion Stadträtin **Deetz** (Anlage 5)
- für die FW-Fraktion Stadtrat **Dengel** (Anlage 6)
- für die FDP Stadtrat **Eisele** (Anlage 7)
- für Die Linke Stadtrat **Kube** (Anlage 8)
- für die LUBU Stadträtin **Burkhardt** (Anlage 9)
- OBM **Spec** (Anlage 10)

Die Reden sind dem Protokoll als Anlagen 3 bis 10 beigefügt. Es gilt jeweils das gesprochene Wort.

Im Anschluss an die Aussprache erfolgt eine 20minütige Sitzungspause.

Nach Wiedereinstieg in die Sitzung legt zunächst OBM **Spec** seine Überlegungen zum weiteren Abstimmungsprocedere dar.

Sodann fassen die jeweiligen Vorsitzenden die Haltung ihrer Fraktionen nochmals kurz zusammen.

Stadtrat **Herrmann** führt aus, die CDU-Fraktion erhalte ihren Antrag zu Karl Peters, Vorl. Nr. 281/15, aufrecht mit folgender Ergänzung: „ Unter die Straßenschilder werden Tafeln mit den Lebensdaten und einer Kurzbiografie des Strafrechtsreformers Karl Peters angebracht.“ Was in Berlin, Bremen und Neustadt gehe und sich nicht nachteilig ausgewirkt habe, funktioniere auch in Ludwigsburg. Den Antrag auf Einsetzung einer Kommission werde die CDU-Fraktion ablehnen. Den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages namentlich abzustimmen, halte seine Fraktion hingegen für sehr gut und werde diesen daher mittragen. Dem Antrag der FW-Fraktion auf Straßenumchilder ohne zusätzliche Stelle und ohne Kommission werde eine breite Mehrheit seiner Fraktion zustimmen.

Stadtrat **Gericke** unterstützt den vom OBM **Spec** skizzierten Vorschlag zum Ablauf des Abstimmungsverfahrens. Zunächst müsse man über die drei „sehr eindeutigen“ Namen abstimmen lassen, dann über den BTU-Vorschlag zu Adolf Gesswein. Zuletzt könne man die Ziffern 3 und 4 in eine kleine ehrenamtliche Gruppe zur intensiven Beratung verweisen. Durch die Unterstützung der Straßenumbenennungen wolle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute ein deutliches Zeichen setzen. Gleichzeitig wolle man durch die ehrenamtliche Gruppe die Chance offen halten, die schlimmsten Fälle weiter aufarbeiten zu können.

Stadträtin **Liepins** erklärt, die SPD-Fraktion wolle heute über alle Punkte, auch über die Heinkel- und Auguste-Supper-Straße abstimmen. Der Einrichtung einer Kommission wie von OBM Spec dargestellt, werde ihre Fraktion zustimmen.

Stadtrat **Weiss** betont, die FW-Fraktion halte wie vorhin bereits erläutert Karl Peters für nicht mehr tragbar. Er wolle sich zudem dagegen verwahren, dass die FW-Fraktion in die Ecke der Faschisten gestellt werde, wie dies teilweise angedeutet worden sei. Bei allen weiteren Namen wolle seine Fraktion bei der bestehenden Benennung bleiben. Dies nicht aus Gründen des Faschismus, sondern aus Überzeugung, dass dies der richtige Weg sei.

Anschließend lässt OBM **Spec** zunächst den Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat **Gericke** auf namentliche Abstimmung der einzelnen Bestandteile des abweichenden Beschlusses abstimmen.

Der Antrag wird mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Zur Klärung der kontrovers diskutierten Frage, ob ein Verzicht auf den Straßennamen „Carl Peters“ entsprechend der Verwaltungsvorlage oder der von der CDU-Fraktion mit Vorl. Nr. 281/15 gestellte Antrag, die Straße unter Beibehaltung des Namens nach dem Strafrechtsreformer Karl Peters zu benennen, der weitergehende Antrag sei, lässt OBM **Spec** hierüber abstimmen.

Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 281/15, wird mit 13 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen nicht als der weitergehende Antrag verstanden.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Urlaub)

Sodann lässt OBM **Spec** namentlich darüber abstimmen, ob der Name „Carl Peters“ nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet werden soll.

#### Abstimmung

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Lettrari, Harald	Ja		
Lutz, Thomas	Ja		
Traub, Dr. Uschi	Ja		
Lutz, Volker	Ja		
Kreiser, Elke	Ja		
Meyer, Claus-Dieter	Ja		
Herrmann, Klaus			Enthaltung
Noz, Reinhold	Ja		
Schwytz, Dr. Ingo	Ja		
Köhle, Christian	Ja		
Braumann, Maik Stefan	Ja		
Link, Wilfried	Ja		
Seybold, Andreas	Ja		
Remmele, Bernhard	Ja		
Rothacker, Andreas	Ja		
Weiss, Reinhardt	Ja		
Moersch, Gabriele	Ja		
Dengel, Hermann	Ja		
Lutz, Florian	Ja		

Eisele, Jochen	Ja		
Heer, Johann			Enthaltung
Wiedmann, Laura	Ja		
Kasdorf, Andreas	Ja		
Haberzeth-Grau, Edith	Ja		
Haller, Armin	Ja		
Steinwand-Hebenstreit, Elfriede	<i>Urlaub</i>		
Gericke, Markus	Ja		
Knoß, Dr. Christine	Ja		
Vierling, Dr. Michael	Ja		
Burkhardt, Elga	Ja		
Daferner, Eberhard	Ja		
Faulhaber, Ulrike	Ja		
Juraneck, Dieter	Ja		
Liepins, Margit	Ja		
v. Stackelberg, Hubertus	Ja		
Deetz, Annegret	Ja		
O'Sullivan, Dr. Daniel	Ja		
Orzechowski, Regina	Ja		
Dziubas, Claudia	Ja		
Kube, Oliver	Ja		
OBM Spec	Ja		
<b>SUMME</b>	<b>38</b>	<b>0</b>	<b>2</b>

Anschließend lässt **OBM Spec** namentlich über den Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 281/15, die Straße unter Beibehaltung des Namens nach dem Strafrechtsreformer Karl Peters zu benennen, abstimmen.

#### Abstimmung

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Lettrari, Harald	Ja		
Lutz, Thomas	Ja		
Traub, Dr. Uschi	Ja		
Lutz, Volker	Ja		
Kreiser, Elke	Ja		
Meyer, Claus-Dieter	Ja		
Herrmann, Klaus	Ja		
Noz, Reinhold	Ja		
Schwytz, Dr. Ingo	Ja		
Köhle, Christian	Ja		
Braumann, Maik Stefan	Ja		
Link, Wilfried	Ja		
Seybold, Andreas			Enthaltung
Remmele, Bernhard			Enthaltung

Rothacker, Andreas		Nein	
Weiss, Reinhardt		Nein	
Moersch, Gabriele		Nein	
Dengel, Hermann		Nein	
Lutz, Florian		Nein	
Eisele, Jochen		Nein	
Heer, Johann	Ja		
Wiedmann, Laura		Nein	
Kasdorf, Andreas		Nein	
Haberzeth-Grau, Edith		Nein	
Haller, Armin		Nein	
Steinwand-Hebenstreit, Elfriede		<i>Urlaub</i>	
Gericke, Markus		Nein	
Knoß, Dr. Christine		Nein	
Vierling, Dr. Michael		Nein	
Burkhardt, Elga		Nein	
Daferner, Eberhard		Nein	
Faulhaber, Ulrike		Nein	
Juranek, Dieter		Nein	
Liepins, Margit		Nein	
v. Stackelberg, Hubertus		Nein	
Deetz, Annegret		Nein	
O'Sullivan, Dr. Daniel		Nein	
Orzechowski, Regina		Nein	
Dziubas, Claudia		Nein	
Kube, Oliver		Nein	
OBM Spec		Nein	
<b>SUMME</b>	<b>13</b>	<b>25</b>	<b>2</b>

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sodann lässt OBM Spec namentlich darüber abstimmen, ob der Name „Carl Diem“ nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet werden soll.

#### Abstimmung

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Lettrari, Harald		Nein	
Lutz, Thomas		Nein	
Traub, Dr. Uschi		Nein	
Lutz, Volker		Nein	
Kreiser, Elke		Nein	
Meyer, Claus-Dieter		Nein	
Herrmann, Klaus		Nein	

Noz, Reinhold		Nein	
Schwytz, Dr. Ingo		Nein	
Köhle, Christian		Nein	
Braumann, Maik Stefan		Nein	
Link, Wilfried		Nein	
Seybold, Andreas		Nein	
Remmele, Bernhard		Nein	
Rothacker, Andreas		Nein	
Weiss, Reinhardt		Nein	
Moersch, Gabriele		Nein	
Dengel, Hermann		Nein	
Lutz, Florian		Nein	
Eisele, Jochen	Ja		
Heer, Johann		Nein	
Wiedmann, Laura	Ja		
Kasdorf, Andreas	Ja		
Haberzeth-Grau, Edith	Ja		
Haller, Armin	Ja		
Steinwand-Hebenstreit, Elfriede			
Gericke, Markus	Ja		
Knoß, Dr. Christine	Ja		
Vierling, Dr. Michael	Ja		
Burkhardt, Elga	Ja		
Daferner, Eberhard	Ja		
Faulhaber, Ulrike	Ja		
Juranek, Dieter	Ja		
Liepins, Margit	Ja		
v. Stackelberg, Hubertus	Ja		
Deetz, Annegret	Ja		
O'Sullivan, Dr. Daniel	Ja		
Orzechowski, Regina	Ja		
Dziubas, Claudia	Ja		
Kube, Oliver	Ja		
OBM Spec	Ja		
<b>SUMME</b>	<b>20</b>	<b>20</b>	<b>0</b>

Der Vorschlag ist damit abgelehnt.

Sodann lässt OBM Spec namentlich darüber abstimmen, ob der Name „Paul von Hindenburg“ nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet werden soll.

#### Abstimmung

Name	Ja	Nein	Enthaltung
------	----	------	------------

Lettrari, Harald		Nein	
Lutz, Thomas		Nein	
Traub, Dr. Uschi		Nein	
Lutz, Volker		Nein	
Kreiser, Elke		Nein	
Meyer, Claus-Dieter		Nein	
Herrmann, Klaus		Nein	
Noz, Reinhold		Nein	
Schwytz, Dr. Ingo		Nein	
Köhle, Christian		Nein	
Braumann, Maik Stefan		Nein	
Link, Wilfried		Nein	
Seybold, Andreas		Nein	
Remmele, Bernhard		Nein	
Rothacker, Andreas		Nein	
Weiss, Reinhardt		Nein	
Moersch, Gabriele		Nein	
Dengel, Hermann		Nein	
Lutz, Florian		Nein	
Eisele, Jochen	Ja		
Heer, Johann		Nein	
Wiedmann, Laura	Ja		
Kasdorf, Andreas	Ja		
Haberzeth-Grau, Edith	Ja		
Haller, Armin	Ja		
Steinwand-Hebenstreit, Elfriede	<i>Urlaub</i>		
Gericke, Markus	Ja		
Knoß, Dr. Christine	Ja		
Vierling, Dr. Michael	Ja		
Burkhardt, Elga	Ja		
Daferner, Eberhard	Ja		
Faulhaber, Ulrike	Ja		
Juranek, Dieter	Ja		
Liepins, Margit	Ja		
v. Stackelberg, Hubertus	Ja		
Deetz, Annegret	Ja		
O'Sullivan, Dr. Daniel	Ja		
Orzechowski, Regina	Ja		
Dziubas, Claudia	Ja		
Kube, Oliver	Ja		
OBM Spec	Ja		
<b>SUMME</b>	<b>20</b>	<b>20</b>	<b>0</b>

Der Vorschlag ist damit abgelehnt.

Sodann lässt OBM Spec namentlich darüber abstimmen, ob der Name „Adolf Gesswein“ nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet werden soll.

Nach von mehreren Stadträten reklamierten Unklarheiten im ersten Abstimmungsgang muss dieser Punkt erneut abgestimmt werden.

#### Abstimmung

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Lettrari, Harald		Nein	
Lutz, Thomas		Nein	
Traub, Dr. Uschi		Nein	
Lutz, Volker		Nein	
Kreiser, Elke		Nein	
Meyer, Claus-Dieter		Nein	
Herrmann, Klaus		Nein	
Noz, Reinhold		Nein	
Schwytz, Dr. Ingo		Nein	
Köhle, Christian		Nein	
Braumann, Maik Stefan		Nein	
Link, Wilfried		Nein	
Seybold, Andreas		Nein	
Remmele, Bernhard		Nein	
Rothacker, Andreas		Nein	
Weiss, Reinhardt		Nein	
Moersch, Gabriele		Nein	
Dengel, Hermann		Nein	
Lutz, Florian		Nein	
Eisele, Jochen		Nein	
Heer, Johann		Nein	
Wiedmann, Laura	Ja		
Kasdorf, Andreas	Ja		
Haberzeth-Grau, Edith	Ja		
Haller, Armin	Ja		
Steinwand-Hebenstreit, Elfriede	<i>Urlaub</i>		
Gericke, Markus	Ja		
Knoß, Dr. Christine			Enthaltung
Vierling, Dr. Michael			Enthaltung
Burkhardt, Elga	Ja		
Daferner, Eberhard	Ja		
Faulhaber, Ulrike	Ja		
Juranek, Dieter	Ja		
Liepins, Margit	Ja		
v. Stackelberg, Hubertus	Ja		

Deetz, Annegret	Ja		
O'Sullivan, Dr. Daniel	Ja		
Orzechowski, Regina	Ja		
Dziubas, Claudia	Ja		
Kube, Oliver	Ja		
OBM Spec		Nein	
<b>SUMME</b>	<b>16</b>	<b>22</b>	<b>2</b>

Der Vorschlag ist somit abgelehnt.

Sodann lässt OBM Spec namentlich darüber abstimmen, ob der Name „Ernst Heinkel“ nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet werden soll.

#### Abstimmung

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Lettrari, Harald		Nein	
Lutz, Thomas		Nein	
Traub, Dr. Uschi		Nein	
Lutz, Volker		Nein	
Kreiser, Elke		Nein	
Meyer, Claus-Dieter		Nein	
Herrmann, Klaus		Nein	
Noz, Reinhold		Nein	
Schwytz, Dr. Ingo		Nein	
Köhle, Christian		Nein	
Braumann, Maik Stefan		Nein	
Link, Wilfried		Nein	
Seybold, Andreas		Nein	
Remmele, Bernhard		Nein	
Rothacker, Andreas		Nein	
Weiss, Reinhardt		Nein	
Moersch, Gabriele		Nein	
Dengel, Hermann		Nein	
Lutz, Florian		Nein	
Eisele, Jochen	Ja		
Heer, Johann		Nein	
Wiedmann, Laura	Ja		
Kasdorf, Andreas			Enthaltung
Haberzeth-Grau, Edith	Ja		
Haller, Armin	Ja		
Steinwand-Hebenstreit, Elfriede	<i>Urlaub</i>		
Gericke, Markus	Ja		
Knoß, Dr. Christine	Ja		

Vierling, Dr. Michael	Ja		
Burkhardt, Elga	Ja		
Daferner, Eberhard	Ja		
Faulhaber, Ulrike	Ja		
Juranek, Dieter	Ja		
Liepins, Margit	Ja		
v. Stackelberg, Hubertus	Ja		
Deetz, Annegret	Ja		
O'Sullivan, Dr. Daniel	Ja		
Orzechowski, Regina	Ja		
Dziubas, Claudia	Ja		
Kube, Oliver	Ja		
OBM Spec	Ja		
<b>SUMME</b>	<b>19</b>	<b>20</b>	<b>1</b>

Der Vorschlag ist somit abgelehnt.

Sodann lässt OBM Spec namentlich darüber abstimmen, ob der Name „Auguste Supper“ nicht mehr zur Benennung von Straßen verwendet werden soll.

#### Abstimmung

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Lettrari, Harald		Nein	
Lutz, Thomas		Nein	
Traub, Dr. Uschi		Nein	
Lutz, Volker		Nein	
Kreiser, Elke		Nein	
Meyer, Claus-Dieter		Nein	
Herrmann, Klaus		Nein	
Noz, Reinhold		Nein	
Schwytz, Dr. Ingo		Nein	
Köhle, Christian		Nein	
Braumann, Maik Stefan		Nein	
Link, Wilfried		Nein	
Seybold, Andreas		Nein	
Remmele, Bernhard		Nein	
Rothacker, Andreas		Nein	
Weiss, Reinhardt		Nein	
Moersch, Gabriele		Nein	
Dengel, Hermann		Nein	
Lutz, Florian		Nein	
Eisele, Jochen	Ja		
Heer, Johann		Nein	

Wiedmann, Laura	Ja		
Kasdorf, Andreas	Ja		
Haberzeth-Grau, Edith	Ja		
Haller, Armin	Ja		
Steinwand-Hebenstreit, Elfriede	<i>Urlaub</i>		
Gericke, Markus	Ja		
Knoß, Dr. Christine	Ja		
Vierling, Dr. Michael	Ja		
Burkhardt, Elga	Ja		
Daferner, Eberhard	Ja		
Faulhaber, Ulrike	Ja		
Juranek, Dieter	Ja		
Liepins, Margit	Ja		
v. Stackelberg, Hubertus	Ja		
Deetz, Annegret	Ja		
O'Sullivan, Dr. Daniel	Ja		
Orzechowski, Regina	Ja		
Dziubas, Claudia	Ja		
Kube, Oliver	Ja		
OBM Spec	Ja		
<b>SUMME</b>	<b>20</b>	<b>20</b>	<b>0</b>

Der Vorschlag ist somit abgelehnt.

Anschließend findet eine kontroverse Diskussion im Gremium über die Einrichtung einer ehrenamtlichen Kommission „Straßennamen“ statt. Als deren Aufgaben werden sowohl die Überprüfung weiterer Straßennamen, die Unterbreitung von Vorschlägen für weitere Umbenennungen als auch die Erstellung von Textentwürfen für Zusatzschilder gemäß dem Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 298/15, diskutiert.

OBM **Spec** führt aus, diese Kommission solle sich mit kritisch gesehenen beziehungsweise zur Diskussion gestellten Namen beschäftigen und Empfehlungen für das weitere Vorgehen aussprechen. Möglich seien dabei auch Empfehlungen zur Anbringung eines erläuternden Zusatzschildes und zu dessen Wortlaut. Zu den Details der Ausgestaltung der Kommission werde die Verwaltung in der zweiten Jahreshälfte eine Beschlussvorlage erstellen.

Stadtrat **Weiss** erklärt, seine Fraktion halte die Einrichtung einer Kommission für überflüssig. Über einen neuen Namen für die bisher nach Karl Peters benannte Straße könne der Gemeinderat auch nach Vorliegen eines Beschlussvorschlages der Verwaltung beraten und entscheiden. Was die Zusatzschilder unter weiteren Straßennamen anbelange, wolle seine Fraktion den Antrag Vorl. Nr. 298/15 aufrechterhalten. Auch hierfür sei keine Kommission erforderlich. Der Text könne – wie im Antrag dargelegt - verschiedensten unzweifelhaften Quellen entnommen werden.

Stadtrat **von Stackelberg** lehnt die Einrichtung einer Kommission ebenfalls ab. Wenn eindeutige Ergebnisse einer fundierten Recherche wie heute geschehen nicht zur logischen Konsequenz der Umbenennung weiterer Straßen führten, könne man auch auf die Empfehlungen einer Kommission verzichten, da diese sicher ebenso übergegangen würden.

Stadtrat **Gericke** hingegen spricht sich für eine schlank besetzte ehrenamtliche Gruppe aus, die sowohl bei Straßenumbenennungen und –neubenennungen als auch bei der Ausarbeitung der Formulierung auf den jeweiligen Zusatzschildern zu Rate gezogen werden solle. In diesem Sinne unterstütze er auch

die Ausführungen von OBM Spec zur Kommission, die er als Umdeutung des Antrags seiner Fraktion Vorl. Nr. 279/15 interpretiere.

Stadtrat **Herrmann** erinnert daran, dass der Gemeinderat in der Vergangenheit stets auf Basis eines ausgearbeiteten Beschlussvorschlages der Verwaltung über die Benennung von Straßen beraten und entschieden habe. Aus Sicht seiner Fraktion gebe es keine Notwendigkeit, hieran etwas zu ändern. Hinsichtlich des Antrags der FW-Fraktion vertritt er ebenfalls die Auffassung, dass existente Texte als Basis für die Angaben auf den Zusatzschildern verwendet werden könnten. Als Beispiel führt er die Erläuterungen von Dr. Sting im Ludwigsburger Adressbuch an. Eine Kommission sei also nicht erforderlich.

Stadträtin **Liepins** gibt zu bedenken, dass der Text der jeweiligen Schilder im Vorfeld gut abgestimmt werden müsse. Insbesondere bei kurzen Texten sei die Frage des Inhalts anspruchsvoll. Man müsse ausschließen, dass die Zusatzschilder statt zur Aufklärung zu Geschichtsfälschung führten.

Stadtrat F. **Lutz** erklärt für sich und Stadtrat **Dengel** zum Abstimmungsverhalten, dass beide Stadträte für eine Findungsgruppe auf ehrenamtlicher Basis votierten. Diese solle sich damit beschäftigen, unter welchen Straßennamen ein solches Zusatzschild angebracht sei und welcher genaue Wortlaut Sinn mache.

Stadträtin **Deetz** warnt ebenso wie Stadträtin Liepins davor, dass Verkürzung immer auch die Gefahr einer Verfälschung mit sich bringe. Insofern sehe sie die Erforderlichkeit einer Kommission nicht so sehr bei Neubenennungen von Straßen, dafür umso mehr beim der Diskussion über erläuternde Zusatzschilder.

Stadtrat **Eisele** beurteilt eine Kommission als zwingend notwendig, um weitere Straßennamen zu überprüfen und gegebenenfalls die heute diskutierten nochmals zur Debatte zu stellen.

Stadtrat **Herrmann** ergänzt, sofern die Einrichtung einer Kommission heute eine mehrheitliche Zustimmung finde, lege er Wert darauf, dass diese lediglich Vorschlags- jedoch kein Entscheidungsrecht erhalte. Zudem wolle er heute klarstellen, dass er im Rahmen der Haushaltsberatungen keiner zusätzlichen Stelle und keinen zusätzlichen Ausgaben in Zusammenhang mit dieser Kommission zustimmen werde.

OBM **Spec** erklärt, heute zunächst die grundsätzliche Frage der Einrichtung einer solchen ehrenamtlichen Kommission abstimmen lassen zu sollen. Details zu deren Aufgaben und ihrer Ausgestaltung würden dem Gremium per Vorlage zur Entscheidung vorgelegt.

Auf dieser Basis ruft er zur Abstimmung auf.

Nach kurzer Diskussion darüber, ob mit mehrheitlicher Zustimmung zur Einrichtung einer solchen Kommission der Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 298/15, ebenfalls erledigt sei, zieht Stadtrat **Dengel** diesen zurück.

TOP 3.1

Umbenennung der Hindenburgstraße  
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom  
30.03.2015

Vorl.Nr. 127/15

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist mit abweichender Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 187/15 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

TOP 3.2

Umbenennung der Auguste-Supper-Straße  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 06.06.2015

Vorl.Nr. 234/15

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist mit abweichender Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 187/15 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

TOP 3.3

Antrag zur Vorlage 187/15 im BTU am 02.07.2015  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
30.06.2015

Vorl.Nr. 279/15

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist mit abweichender Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 187/15 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

TOP 3.4

Karl-Peters-Straße / Vorlage 187/15  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 30.06.2015

Vorl.Nr. 281/15

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag wird im Verlauf der Beratung mit 13 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

TOP 3.5

Straßenumbenennungen in Ludwigsburg  
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.07.2015

Vorl.Nr. 298/15

---

## Beratungsverlauf:

Im Verlauf der Beratung wird der Antrag von der FW-Fraktion auf Grund der zuvor erfolgten Abstimmung über eine ehrenamtliche Findungskommission zurückgenommen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

TOP 4

Scala Kultur gGmbH, Abteilung Scala Live -  
Jahresbericht 2013 - Zuschussantrag 2015

Vorl.Nr. 249/15

---

## Beschluss:

1. Der Jahresbericht 2013 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2015 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von insgesamt 209.650 EUR wird zur Auszahlung freigegeben.
3. Die Scala Live gGmbH erhält einmalig folgende Sonderzuschüsse:
  - Mehrkostenübernahme von "Scala: On Tour!" in 2014 i.H.v. 19.343,45 EUR
  - Mehrkostenübernahme zur Anschaffung von Zusatzlichttechnik i.H.v. 17.408,26 EUR
  - Mehrkostenübernahme der im neuen Haus um 350,- EUR gestiegenen Miete pro Veranstaltungstag (Grundlage: 91 Veranstaltungen im Zeitraum 09/2014 - 12/2015) i.H.v. 31.850,- EUR.
4. Zur teilweisen Deckung der unter Ziffer 3 genannten Beträge wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 51.193,45 Euro genehmigt. Die Deckung erfolgt aus der Deckungsreserve.
5. Die Scala gGmbH klärt bis zum Ende des Jahres inwiefern etwaige Fördermittel des Landes Baden-Württemberg, insbesondere aus dem sog. Fonds „Soziokultur“ möglich wären und macht Vorschläge zur Umsetzung. Sie legt außerdem ein strategisches Konzept vor zur Generierung von weiteren veranstaltungsbezogenen Drittmitteln.

## Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu den Ziffern 1, 2 und 5 des Beschlussvorschlags wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zu den Ziffern 3 und 4 des Beschlussvorschlags wird mit 35 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Urlaub)  
Stadtrat Dr. Schwytz  
Stadtrat Noz

## Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 14.07.2015 zur Vorl. Nr. 249/15.

Stadträtin **Kreiser** bittet um getrennte Abstimmung über die Ziffern 1,2 und 5 sowie 3 und 4 der Beschlussvorlage. Den Ziffern 1 und 2 könne ihre Fraktion geschlossen, der Ziffer 3 nach intensiver Diskussion insbesondere um die Zusatzlichttechnik mehrheitlich zustimmen. Letzteres sei allerdings als einmalige Zustimmung zu sehen. Für die Zukunft müsse intensiv nach anderen Finanzierungswegen gesucht werden, vor allem auch durch das intensive Bemühen um Fördergelder und die Einwerbung von Drittmitteln.

Stadtrat **von Stackelberg** konstatiert, die Scala Kultur gGmbH mit der Abteilung Scala Live befinde sich auf einem guten Wege, den man auch unterstützen wolle. Ebenso wie Stadträtin Kreiser betont er, dass es sich hierbei um eine einmalige Zustimmung handle. Auf Grund der durch den Umbau gestiegenen Miete sei es ohnehin unumgänglich, sich im kommenden Frühjahr intensiv mit der Gesamtfinanzierung und einer vernünftigen Zuschusshöhe seitens der Stadt auseinander zu setzen.

Stadtrat **Weiss** erklärt namens der FW-Fraktion die Zustimmung zu allen Punkten des Beschlussvorschlags. Im Rahmen des Haushalts 2016 werde man finanzielle Aspekte dann ohnehin noch näher beleuchten.

Stadtrat Dr. **Vierling** betont, auch seine Fraktion werde dem beschlussvorschlag vollumfänglich zustimmen. In den Punkten 3 und 4 sei deutlich klargestellt, dass es sich um spezifische und einmalige Sonderzuschüsse handle und dass über die weitere Finanzierung Gespräche und Verhandlungen erforderlich seien.

Stadtrat **Eisele** stimmt für die FDP-Stadträte den Zuschüssen und überplanmäßigen Ausgaben zu.

OBM **Spec** lässt sodann zunächst über die Ziffern 1, 2 und 5 des Beschlussvorschlages abstimmen und anschließend getrennt hiervon über die Ziffern 3 und 4.

TOP 5

Grundschule Hoheneck, Ostertagstraße 5 - Neubau  
Schulturnhalle  
- Raumprogramm  
- Standort  
- Art der Vergabe der Planungs- und Bauleistungen

Vorl.Nr. 222/15

---

#### Beratungsverlauf:

Grundlage der Beratung und Beschlussfassung ist der abweichende Empfehlungsbeschluss Vorl. Nr. 308/15.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.1.

---

**Abweichender Beschluss:****Beschluss durch den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales**

1. *Dem vorliegenden Raumprogramm für den Neubau einer Schulturnhalle an der Grundschule Hoheneck wird zugestimmt.*  
**(NACHRICHTLICH)**
- ~~2. *Dem Standort für den Neubau einer Schulturnhalle an der Grundschule Hoheneck gemäß Variante B „Turnhalle im Schulhofbereich“ wird zugestimmt.*~~

**Änderungsantrag der Freie Wähler-Fraktion, Vorl.Nr. 307/15**

*Die Verwaltung wird beauftragt, den Neubau der Turnhalle auf dem jetzigen Kleinspielfeld (Bolzplatz) nach Vorschlag Alternative A vorzubereiten. Für die erforderliche Überschreitung des Baufensters soll in einer förmlichen Bauvoranfrage - mit Beteiligung der Nachbarn-Planungssicherheit hergestellt werden.*

*Des Weiteren soll mit einem Schallschutzgutachten die Belastung der Nachbarschaft für eine Baugenehmigung erbracht werden.*

**(NACHRICHTLICH)**

**Beschluss durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt**

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des vorliegenden Raumprogramms eine Konzeptplanung mit Baubeschreibung sowie eine funktionale Leistungsbeschreibung für eine GÜ-Ausschreibung (Generalübernehmer, Planungs- und Bauleistung in einem Auftrag) mit einer Kostenobergrenze in Höhe von 2.300.000 € (für den Neubau/Abbruch/Außenanlagen incl. zusätzlicher Ausstattung und aller erforderlichen Planungs- und Nebenleistungen) zu erarbeiten. Nach Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse erfolgt die Vergabe durch den Gemeinderat.*  
**(NACHRICHTLICH)**

**4. Vergaben**

*Zur Vorbereitung einer funktionalen Ausschreibung werden die Leistungsphasen 1 und 2 gemäß HOAI vergeben an*

- 4.1 für den Teil „Technische Ausrüstung Heizung, Lüftung, Sanitär und MSR“ der Funktionalausschreibung an das Ingenieurbüro Appel aus Ludwigsburg.
- 4.2 für den Teil „Technische Ausrüstung Elektrotechnik“ der Funktionalausschreibung an das Ingenieurbüro SIB Braun, Leichtle, Rögelein aus Heilbronn.

**Beschluss durch den Gemeinderat**

5. Der Gemeinderat beschließt,  
entweder a) auf einen weiteren Sportstättenförderantrag zu verzichten,

eder — b) erneut einen Förderantrag zu stellen und die damit einhergehende Bauzeitverzögerung in Kauf zu nehmen.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zur abweichenden Ziffer 4 wird mit 28 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 5b) wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Urlaub)  
Stadtrat Dr. Schwytz

### Beratungsverlauf:

Die Ziffern 1 bis 3 der Vorlage wurden bereits in den gemeinderätlichen Ausschüssen abschließend behandelt und sind lediglich nachrichtlich aufgenommen. Eine erneute Beschlussfassung im Gemeinderat findet nicht statt.

BM **Ilk** verweist auf das Ergebnis der Vorberatungen im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sowie im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt. Er leitet nochmals den Verwaltungsvorschlag her, der sich nach intensiver interner Prüfung und Beratung für den Standort B ausgesprochen habe. Hintergrund sei insbesondere die Tatsache gewesen, dass man bei einer Entscheidung für Standort A künftig auf den Bolzplatz verzichten müsse, da die bestehende Genehmigung erlösche. An Hand von Plänen stellt er die in Frage kommenden Varianten kurz dar. Die Pläne liegen dem Protokoll als Anlage bei. Weiter führt BM **Ilk** aus, dass man sich im Ausschuss auf Basis eines Änderungsantrages für den Standort A entschieden habe. Der Stadtteilausschuss habe zudem signalisiert, dass der Bolzplatz nicht mehr benötigt werde. Auf der Grundlage des Standortes A gelte es nun vor allem entscheiden, ob man einen erneuten Förderantrag stellen wolle und die damit einhergehende Bauzeitverzögerung in Kauf nehmen wolle. Er gibt zu bedenken, dass der im Jahr 2013 gestellte Förderantrag negativ beschieden worden sei.

OBM **Spec** erinnert daran, dass bei der vom Stadtteilausschuss vorgelegten Berechnung zu den möglichen Kosten eines Neubaus immer inklusive Fördermittel gerechnet worden seien. Fielen diese gegebenenfalls weg, müsse man sich positionieren, welchen Nettobetrag man zur Grundlage eines Neubaus mache.

Stadtrat **Weiss** freut sich über die Zustimmung zum Änderungsantrag der Freie Wähler-Fraktion, Vorl.Nr. 307/15, und damit zum Standort A. Er nimmt Bezug auf die Ausführungen von BM **Ilk** zum Thema Generalunternehmer und Generalübernehmer und ergänzt diese um weitere Details. Weiter Seine Fraktion spreche sich auch für die erneute Stellung eines Zuschussantrages aus. Die Chance, diesen zu erhalten, liege wohl bei 50 zu 50. Trete man parallel in das Ausschreibungsverfahren ein, müsse dies eigentlich förderunschädlich sein. Ebenfalls parallel könne man die bereits vom städtischen Bauinvestitionscontroller vorgeschlagene Kommission zur Beratung von Baustandards einberufen. Durch das parallele Arbeiten verliere man nicht zu viel Zeit, erhalte sich aber dennoch die Chance auf einen Förderzuschuss.

Stadträtin **Kreiser** erklärt, die CDU-Fraktion habe der Standortvariante A gerne zugestimmt. Auch die Idee einer Baustandard-Kommission unterstütze sie. Aus Kostengründen müsse man sich auf zweckdienliche, nicht überzogene Standards einigen. Gut gefalle ihr auch, dass man den Stadtteilausschuss, die Nutzer sowie die Nachbarschaft zur Standortfrage gehört habe. Zudem unterstütze auch Ihre Fraktion die erneute Stellung eines Förderantrags. Angesichts der Haushaltslage sei dies obligatorisch. Insgesamt vertritt sie die Ansicht, dass sich die intensiven und wiederholten Beratungen bereits jetzt gelohnt hätten.

Stadtrat **Haller** verweist darauf, dass an der Grundschule Hoheneck in unmittelbarer Zukunft Bedarf für eine Mensa bestehe. Daher habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Vorl. Nr. 292/15 den Antrag gestellt, Synergien zu nutzen, Ressourcen und Kosten einzusparen und das vorliegende Raumprogramm um die entsprechenden Räumlichkeiten zu erweitern. Diesen Antrag wolle er heute erneut zur Abstimmung stellen lassen. Er bedauert, dass zu dieser Thematik keine Nutzerumfrage durchgeführt worden sei. Erhebe man den Bedarf erst gar nicht oder ignoriere man diesen wider besseres Wissen, plane man wie aktuell an diesem vorbei und vergebe die Chance, rechtzeitig Weichen für zukünftige Entwicklungen zu stellen. Bedauerlich finde er an der jetzt zum Beschluss vorgelegten Lösung, dass man die Interessen der künftigen Nutzer nicht in vollem Maße einfließen lasse, die notwendigen Räume für Ganztage und Essenausgabe anderweitig nicht rechtzeitig realisieren könne und dass auch der Bolzplatz künftig wegfallen werde. Falls der Antrag seiner Fraktion keine Mehrheit finde, werde diese das Raumprogramm und die weiten Punkte aus den genannten Gründen mehrheitlich ablehnen.

Stadtrat **Juranek** erinnert an die relative Einigkeit des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt über Standort A, Raumprogramm und Bauvoranfrage. Kontrovers sei die Frage der Vergabe der technischen Gewerke diskutiert worden. Grundsätzlich benötige man sicherlich eine funktionale Ausschreibung, um vergleichbare Angebote zu erhalten. Dennoch solle hierfür kein zusätzliches Gremium eingerichtet werden, sondern die städtische Bauinvestitionscontroller solle seine Überlegungen hierzu dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zur Entscheidung vorlegen. Zudem vertrete seine Fraktion die Auffassung, dass man nochmals einen Zuschussantrag stellen solle und die hieraus resultierende Verzögerung gegebenenfalls in Kauf nehmen müsse. Vorteil sei hierbei, dass man der Ziffer 3 ebenfalls zustimmen könne, da entsprechende Schritte wohl nicht förderschädlich seien. Förderschädlich hingegen sei wohl die Ausschreibung der vier technischen Gewerke, weshalb die Verwaltung hier selbst weiterplanen solle.

Stadtrat **Heer** signalisiert insgesamt die Zustimmung der FDP-Stadträte zur Verwaltungsvorlage. Auch der erneuten Stellung eines Förderantrages stimmten er und Stadtrat Eisele zu. Der Standort A sei für den Stadtteilausschuss akzeptabel, im weiteren Verfahren gebe es noch genügend Zeit und Gelegenheiten, Anlieger anzuhören. Hinsichtlich des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich Stadtrat Heer für ein Vorgehen step by step aus. Wenn man nun die Turnhalle angehe, könne die Essenausgabe in einem logischen nächsten Schritt in Folge angegangen werden. Wichtig sei ihm dabei, dass man keine „Billigvariante“ einer Turnhalle erstellen dürfe. Man könne jedoch unter finanziellen Aspekten auch nicht jeden Wunsch an den Neubau erfüllen. Stattdessen brauche es angemessene Standards.

Stadtrat **Noz** beantragt ergänzend, den Beschlusstext in Ziffer 4 so abzuändern, dass klar werde, dass zur Vorbereitung einer funktionalen Ausschreibung lediglich die Leistungsphasen 1 und 2 gemäß HOAI beauftragt werden.

Stadträtin **Burkhardt** betont, den ursprünglichen Plänen für eine einfache Sanierung entsprechend der dringenden Notwendigkeiten hätte sie zustimmen können. Was sie allerdings nicht mittragen wolle, sei die Überbauung des Bolzplatzes. Was den weiteren Zeitraum anbelange, halte auch sie das Abwarten auf den Entscheid über einen weiteren Zuschussantrag für sinnvoll. Die Zwischenzeit könne genutzt werden, die Nachbarn zum geplanten Vorhaben zu hören.

EBM **Seigfried** gibt zu bedenken, dass auf der erst kürzlich beschlossenen Prioritätenliste für Maßnahmen im Hochbaubereich weder Ganztagesräume noch Mensa für die Grundschule in Hoheneck eingeplant seien. Diese Maßnahmen seien daher nicht vor 2020 umsetzbar, wolle man die auf der Prioritätenliste stehenden Maßnahmen nicht weiter nach hinten verschieben.

Es folgt eine kontroverse Diskussion im Gremium über die Unterschiede zwischen Generalunternehmer und Generalübernehmer sowie die jeweiligen Vor- und Nachteile dieser Konstrukte.

Nach Abschluss der Beratung stellt OBM **Spec** zunächst den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. 292/15 zur Abstimmung.

Dieser wird mit 7 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend lässt OBM **Spec** über den abweichenden Antrag von Stadtrat **Noz** zu Ziffer 4 abstimmen. Im Beschlusstext soll klargestellt werden, dass lediglich die Leistungsphasen 1 und 2 gemäß HOAI beauftragt werden sollen.

Abschließend ruft OBM **Spec** auf Basis der sich in der Aussprache bereits abzeichnenden Tendenz im Gremium zunächst die Ziffer 5b zur Abstimmung auf.

TOP 5.2	Grundschule Hoheneck langfristig entwickeln - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.07.2015	Vorl.Nr. 292/15
---------	--	-----------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag wird im Verlauf der Beratung mit 7 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Urlaub)  
Stadtrat Dr. Schwytz

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.1.

TOP 5.3	Neubau Turnhalle Hoheneck - Antrag der FW-Fraktion vom 16.07.2015	Vorl.Nr. 307/15
---------	--	-----------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist mit abweichender Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 308/15 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.1.

TOP 6	Einziehung einer öffentlichen Verkehrsfläche nördliches Umfeld Marstall-Center (Bahnhofstraße)	Vorl.Nr. 273/15
-------	---	-----------------

---

## **Beschluss:**

1. Eine Teilfläche des Grundstücks Flst. 362 (Marstall-Center) von 374 m<sup>2</sup> (neues Flst. 362/6, siehe Anlage 4 zur Niederschrift rot schraffiert) wird eingezogen.
2. Die Einziehungsverfügung ist öffentlich bekanntzumachen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Urlaub)  
Stadtrat Dr. Schwytz  
Stadtrat Juranek

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

## **Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 273/15 zur Abstimmung.

TOP 7

Haushaltsjahr 2014  
- Überträge nach 2015

Vorl.Nr. 289/15

---

## **Beschluss:**

1. Die in der Anlage 1 zur Vorl. Nr. 289/15 aufgeführten Beträge in Summe von 1.324.300 EUR werden als Ermächtigungsüberträge in den Ergebnishaushalt des Jahres 2015 übernommen
2. Die Übertragung der in Anlage 2 zur Vorl. Nr. 289/15 aufgeführten Beträge in Summe von 16.447.700 EUR in den Finanzhaushalt 2015 wird zur Kenntnis genommen

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Urlaub)  
Stadtrat Dr. Schwytz  
Stadtrat Juranek  
Stadtrat Heer

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Aus Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 289/15 zur Abstimmung.